

# Aus dem Rat und den Ausschüssen im Juni 2020



## BmU „wackelt“ nicht in ihrer Grundsatzentscheidung zur Neanderhöhe

– Diskussion zum Bürgerbegehren „Erbbaurecht auf der Neanderhöhe“

Die CDU möchte durch Stellungnahmen ihres Vorsitzenden Dr. Untrieser (MdL) den Eindruck erzeugen, dass die BmU in der Frage Neanderhöhe wackeln würde.

### Kommentare

Fc



Christian Untrieser ☕

Jenseits der Verwirrung um die Zählung der Stimmen darf man sich nur noch wundern, wie hier Mehrheiten für oder gegen die Neanderhöhe schwanken: Die Grünen waren zugegebenermaßen immer konsequent gegen eine Bebauung. Politisch immerhin ein klares Statement. Sorgen macht mir aber, dass Peter Knitsch (selbst Rechtsanwalt) ständig gegen die Rechtsempfehlung der Stadt und des Städte- und Gemeindebunds stimmt. Der Bürgermeisterkandidat der SPD erklärte noch vor ein paar Tagen in der IHK-Wahlarena, dass man für die Bebauung sei. Nun stimmt die SPD mit großer Mehrheit, aber uneinheitlich, für das Begehren. Die BmU hatte mit ihren Stimmen vor Monaten erst den Kompromiss möglich gemacht, die Neanderhöhe zu bebauen. Im April letzten Jahres lehnte sich deshalb auch konsequent das erste Bürgerbegehren ab. Nun feiert sie sich dafür, dass alle 7 Mitglieder für das neue Bürgerbegehren sind!

Mir und vielen Bürgern fehlen da die Worte. Gut, dass einer die Ruhe behält und nicht wackelt - das ist Bürgermeister **Christoph Schultz**! Nach diesen Ereignissen ist es gut, dass bald Kommunalwahlen sind. Jeder der

Da ist einiges zu korrigieren:

1. Die BmU hat nicht vor „Monaten“ den Kompromiss möglich gemacht (Bebauung von 50 % der ursprünglich geplanten Fläche begrenzt auf den konventionell bewirtschafteten Acker.) Der Aufstellungsbeschluss ist vom 02.02.2017.
2. Die BmU ist "nicht gegen alles", wie Herr Dr. Untrieser an späterer Stelle schreibt. Das kann man leicht einschätzen, wenn man sich z.B. die Berichte (z.B. Rechenschaftsberichte) auf [bmu-erkrath.de](http://bmu-erkrath.de) ansieht.
3. Ja, mal stimmt die BmU mit der CDU, mal mit der SPD, mal mit den Grünen. Was an diesem demokratischen Prozess ist verwerflich?
4. Die BmU steht auch weiterhin für den Kompromiss der teilweisen (!!!) Bebauung Neanderhöhe zwischen Wertstoffhof und Tankstelle, um gewerbesteuerstarke Unternehmen anzusiedeln. Denn auch die Finanzen müssen nachhaltig geführt werden, damit nicht kommende Generationen auf unseren Schulden sitzen werden. Flächen von höherem ökologischen Wert sind ausgenommen, ja werden neu geschaffen. Der nördliche Teil der Neanderhöhe ist nicht betroffen.
5. Wir haben auch keine Wahlversprechen gebrochen, wie immer von einigen Grünen behauptet wird, nachlesbar in unserem Programm 2009.
6. Das Bürgerbegehren in 2019 mussten wir nach klarem Rechtsgutachten als unzulässig ablehnen. Hier wackelte tatsächlich der Bürgermeister: Erst sagte er ja, das ist zulässig, dann Nein, das ist nicht zulässig. Hier ging es nur um die Frage, ob das Begehren rechtlich zulässig sei. Zwei Rechtsgutachten kamen zum Schluss, dass das Begehren unzulässig sei.

Dann hatte die BmU einen Ratsbürgerentscheid angeregt, damit die Bürger die Gelegenheit zur Entscheidung bekommen hätten. Auch dieser war – nach Vorlage eines Rechtsgutachtens für uns nachvollziehbar, so unzulässig.

7. Aktuell geht es um ein Bürgerbegehren, das erreichen will, dass die Flächen nur (!) per Erbbaurecht vermarktet werden dürfen. Inhaltlich sehen wir als BmU das anders, aber im Rat am 18.6. ging es nur (!) um die Frage, ob das Begehren zulässig sei oder nicht. Der Gesetzgeber sieht klare Kriterien dafür vor und dazu gehört nicht, welche Meinung man in der Sache hat. Dr. Untrieser bekennt mit seiner Kritik,

dass die CDU hier anders denkt und Bürgerbegehren offenbar deswegen ablehnt, weil sie nicht ihrem politischen Willen entsprechen.

Die BmU setzt sich dafür ein, dass Erbbaurecht ein wichtiges Kriterium in der Vergabe ist (aber nicht das Einzige!). Mittlerweile werden ja in den Diskussionsforen (verbotenerweise) die entsprechenden Ergebnisse aus nicht-öffentlichen Sitzungen dazu genannt.

Da das Rechtsgutachten aus unserer Sicht diesmal nicht so eindeutig war (interessant, dass der anwesende Fachanwalt auf die Vorhaltungen der BmU nichts sagen wollte) und wir grundsätzlich die Beteiligung der Bürger unterstützen, haben wir der Zulässigkeit zugestimmt.

8. Bei der Abstimmung hat der Bürgermeiste zunächst eine Mehrheit auf der Seite der Zulässigkeit, einen Tag später auf der Seite der Unzulässigkeit gesehen.

Wer das als „Hin-und-her“ bezeichnet, hat sich nicht die Mühe gemacht, die Einzelfragen zu trennen, oder will polarisieren.

Und Polarisieren ist genau das, was Erkrath nicht gebrauchen kann.

Es gibt nicht nur schwarz, weiß, rot, grün.

Unsere genannten Fakten sind überprüfbar. Die Haltung der CDU ist schlicht unhaltbar.

## Neben dem Neubau des Gymnasiums am Neandertal die anderen Schulen nicht aus dem Blick verlieren

Und schon selbst vor den Schulen wird im Wahlkampf nicht Halt gemacht. Da wird in den Ausschüssen gestichelt, da wird in den sogenannten sozialen Medien geschmäht, andere werden gar nicht erst erwähnt und es wird der Eindruck erweckt, einzelne Parteien bauen das Gymnasium ganz alleine.

z.B.:



**Marc Hildebrand** hat einen **Beitrag** geteilt.

☕ Conversation Starter · Gestern um 00:22 · 👤



**CDU Erkrath**

Gestern um 00:16 · 🌐

CDU bewegt Erkrath: Neubau des Gymnasiums am Neandertal und Sanierung der Realschule Erkrath beschlossen

Quelle: Forum Erkrath 27.06.2020

In der Sache geht es um einen einstimmigen Beschluss aus dem Schulausschuss am 26.06.2020:

Das Gymnasium in Alt-Erkrath wird 4-zügig, mit einer Erweiterungsmöglichkeit und im Sinne moderner pädagogischer Methoden neu gebaut, ohne dabei die anderen Schulen aus dem Blick zu verlieren und zu vernachlässigen.

Wie durch die BmU 2019 parallel zum einstimmigen Grundsatzbeschluss des Neubaus des Gymnasiums am Neandertal eingebracht, soll auch die Realschule in Alt-Erkrath umfassend saniert werden. Es ist dabei angedacht, dass die Realschule nach Umzug des Gymnasiums in den Neubau, dessen Altbau während der Sanierungsarbeiten nutzen wird, um die Belastung für Schüler und Lehrer zu verringern.

Auch beim Schulzentrum in Hochdahl sollen die Sanierungen sowie Modernisierungen vorangetrieben und der Raumbedarf bezüglich der G9-Umstellung ermittelt werden.

Die Verwaltung soll dazu bis zur Sitzung im Januar ein Konzept erarbeiten.

Zunächst hatten SPD und Grüne im Schulausschuss den Beschluss vertagen wollen, die SPD wollte sogar den neuen Schulentwicklungsplan abwarten, was zu einer Verzögerung von 1-1,5 Jahren geführt hätte.

In einer von der BmU beantragten Sitzungsunterbrechung konnte die BmU ihre Intention, die Modernisierung aller Schulen im Blick zu haben, in verschiedenen Kleingruppengesprächen so einbringen, dass am Ende ein Kompromiss stand, dem alle zustimmen konnten.

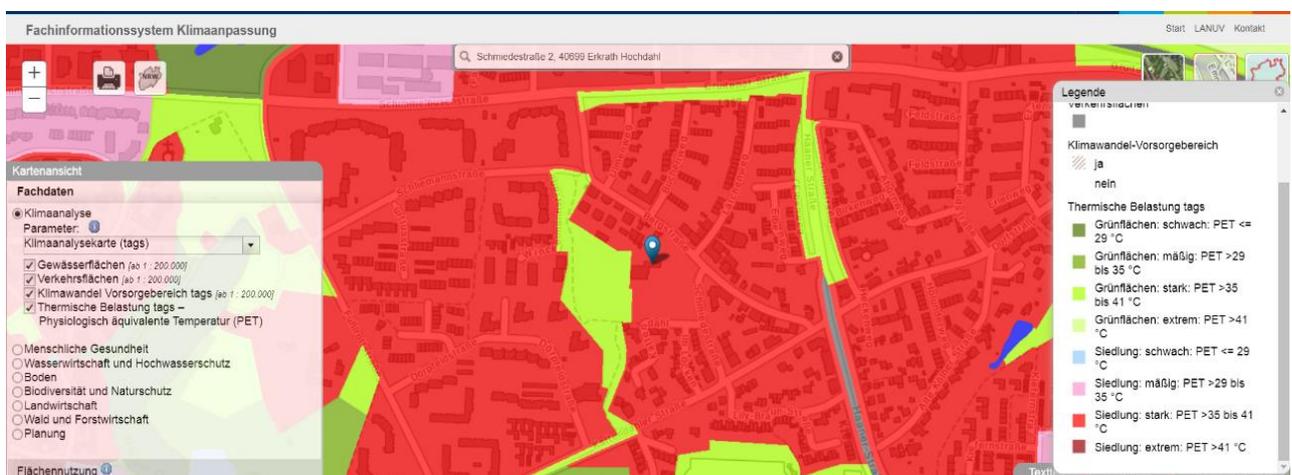
# BmU: Die Hasenwiese in Millrath nicht bebauen

Im Planungsausschuss haben CDU und SPD für die Bebauung der „Hasenwiese“ in Millrath gestimmt.

Die BmU hatte die ursprünglichen Pläne, Seniorenwohnungen im lange nicht genutzten Schulgebäude („Dependance“) an der Schmiedestraße zu errichten, voll und ganz unterstützt. Durch den Brand der Grundschule Sandheide sind nun an der Schmiedestraße allerdings für einige Jahre die Schülerinnen und Schüler von dort untergebracht.

Einen Neubau nebenan auf der Freifläche oberhalb des Spielplatzes lehnt die BmU aber ab. Neben der sozialen Funktion hat diese Fläche einen hohen Wert hinsichtlich der kühlenden Belüftung des Viertels.

Wir haben uns insbesondere mit der städtebaulichen Situation beschäftigt. Der Städtebau erfährt gerade einen Paradigmenwechsel. Innenverdichtung nicht um jeden Preis, denn innerstädtische Grünzonen – insbesondere wenn sie so vernetzt sind wie in diesem Fall – sind eher ein zu stärkendes denn zu schwächendes Element der Klimaanpassung. Auch diese Debatte zeigt, dass die seit 2017 überfällige (und beschlossene!) Evaluation des Stadtentwicklungskonzeptes überfällig ist.



Quelle: [http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?feld=Analyse&param=Klimaanalysekarte%20\(nachts\)](http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?feld=Analyse&param=Klimaanalysekarte%20(nachts))

Der blaue Punkt zeigt die Position der Schule und wir sehen, dass die Region von der zweithöchsten thermischen Belastung als Wärmeinsel eingestuft ist. Die derzeitige Grünstruktur durchbricht die Fläche. Die zusätzliche Bebauung würde sie weiter verengen.

Wenn überhaupt, dann wäre ein gründlich abwägendes Bebauungsplanverfahren angezeigt und nicht ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB. Bereits jetzt haben sich auch kritische Stimmen aus der

Bürgerschaft bei uns gemeldet, sodass auch bei der Bürgerbeteiligung nicht an Aufwand gespart werden sollte.

Dass keine Verwaltungskapazitäten vorlagen, über ein Jahr lang, den Ratsbeschluss umzusetzen, der Initiativgruppe die (aus damaliger Sicht der Verwaltung als „Abrissobjekt“ bezeichnete) Schule zu übertragen, nun aber trotz der Maßnahmen Wimmersberg und Erkrath-Nord Verwaltungskapazitäten bei Neuversiegelungen sofort bereitstehen, zeigt eine so von uns nicht geteilte politische Ausrichtung und Lenkung der Verwaltung.

Die nicht unerhebliche Sozialfunktion der Liegewiese nördlich des Spielplatzes insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner der hochgeschossigen Mietobjekte an der Dörpfeldstraße, aber auch der anderen Bereiche, würde entfallen.

Die BmU hat sich dafür eingesetzt, den Grundsatzbeschluss nicht zu fassen, sondern die freien Kapazitäten auf die Neuauflage des Stadtentwicklungskonzeptes mit dem sich aufdrängenden Problemfeld Klimaschutz und Klimaanpassung zu verwenden.

Die BmU kritisiert zudem, dass vor diesem richtungsgebenden Grundlagenbeschluss die bereits vorliegenden planerischen Erkenntnisse aus den Verfahren ab 2008 sowie die aktuelleren Umweltgutachten und ggf. Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht vorgelegt worden sind. Nicht jedes Ausschussmitglied verfügt über diesen Erfahrungshorizont. Die Bürgerschaft wurde damals an Workshops in einem qualifizierten Verfahren – welches wir ja auch im Fall Wimmersberg vermissen – bereits beteiligt. Damals mit dem Ergebnis, dass zumindest auf einen Teil der Bebauung der Hasenwiese verzichtet werden soll.

## **BmU beantragt LKW-Durchfahrtverbotszonen einzurichten, z.B. im Millrather Weg**

Für den Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss hat die BmU den Antrag gestellt, dass der Tagesordnungspunkt „Ausweisung von LKW-Durchfahrtverbotszonen in Erkrath“ behandelt wird.

Die BmU begründet das damit, dass es ein LKW Durchfahrtsverbot in Erkrath nur als punktuelle Regelung gibt.

Unsere Fotodokumentation zeigt einen niederländischen mehrachsigen LKW mit Anhänger, welcher erlaubter Weise den Millrather Weg benutzt. Diese Szenen sind kein Einzelfall und beschränken sich nicht nur auf Unterfeldhaus. Unabhängig davon, dass diese mehrachsigen Lastzüge die eigentliche Erschließungsfunktion dieser Straßen behindern und Lärm und Abgase (Feinstaub, Stickoxide usw.) an die Wohnungen herantragen: Sie erzeugen sichtbare (Bordsteine werden verschoben) und zunächst unsichtbare Straßenschäden, welche einen Unterhaltungsaufwand zu Lasten der Allgemeinheit erzeugen.



Foto: BmU, Peter Sohn Juni 2020

Die Aufnahme ist vom Millrather Weg, wo die neue Einführung der Parkverbotbereiche zur Durchfahrt selbst solcher LKW geradezu einlädt. Köln hat z.B. sehr großflächige LKW- Durchfahrverbotszonen eingerichtet. Unser Ziel ist die Einführung großräumiger LKW Durchfahrverbotszonen in Erkrath.

Wünschenswert, vermutlich aber nur schwer gegenüber den Straßenbaulastträgern durchzusetzen, wäre auch die Einbeziehung z.B. der K16, K21 und Teilen der L357 und der Max-Planck-Straße.

Die BmU formuliert daher den Beschlussvorschlag:  
„Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausweisung von LKW-Durchfahrverbotszonen vorzubereiten. Dabei sollen Kriterien des Anwohnerschutzes (Lärm, Abgase) und der Eignung des Straßenquerschnitts einfließen.“